

Substanzielles Protokoll 81. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 21. September 2011, 17:00 Uhr bis 19:03 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Joe A. Manser (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Christian Aeschbach (FDP)

Substanzielles Protokoll: Isabelle Ryf

Anwesend: 115 Mitglieder

Abwesend: Dr. Guido Bergmaier (SVP), Marc Bourgeois (FDP), Sven Oliver Dogwiler (SVP), Joachim Hagger (FDP), Christina Hug (Grüne), Dr. Zora Ledergerber (GLP), Catherine Rutherford (AL), Ursula Uttinger (FDP), Jean-Claude Virchaux (CVP), Urs Weiss (SVP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2011/321](#) Eintritt von Karin Weyermann (CVP) anstelle des zurückgetretenen Urs Rechsteiner (CVP) für den Rest der Amtsdauer 2010-2014
3. [2011/322](#) * Weisung vom 07.09.2011: VGU
Motion der AL-Fraktion betreffend Minergie-P-Bauten, finanzielle Förderung, Bericht und Antrag auf Auftragsverzicht
4. [2011/323](#) * Weisung vom 07.09.2011: VTE
Neue Platzgestaltung Sechseläuten-/Theaterplatz, Erneuerung umliegende Strassen, Objektkredit
5. [2011/325](#) * Weisung vom 07.09.2011: VHB
Immobilien-Bewirtschaftung, Miete von Räumen der VS
Liegenschaft Ausstellungsstrasse 88, für das Sozialzentrum Ausstellungsstrasse
6. [2011/125](#) * A Postulat von Samuel Dubno (GLP) und Martin Luchsinger (GLP) VTE
vom 13.04.2011:
Aufhebung der Verlängerung des Zeltwegs und Aufwertung des Heimplatzes im Rahmen des Kunsthaus-Neubaus
7. [2011/143](#) Bericht der Beauftragten in Beschwerdesachen (Ombudsfrau) OMB
für das Jahr 2010
8. [2011/211](#) Bericht des Datenschutzbeauftragten für das Jahr 2010 DSB

- | | | | |
|-----|--------------------------|---|-----|
| 9. | 2003/231 | Weisung vom 24.08.2011:
Motion von Anton Stähler (CVP) und Robert Schönbächler (CVP) betreffend Meierhofplatz, Aufwertung, Antrag auf 2. Fristerstreckung | PV |
| 10. | 2006/256 | Weisung vom 24.08.2011:
Motion von Daniel Leupi (Grüne) und Bastien Girod (Grüne) betreffend Velostationen, Realisierung von zwei Anlagen am Hauptbahnhof, Antrag auf Fristerstreckung | VTE |
| 11. | 2011/120 | Weisung vom 13.04.2011:
Geschäftsbericht des Stadtrats 2010 | STR |
- * Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

- 1731. 2011/317**
Postulat von Monika Erfigen (SVP) und Marianne Aubert (SP) vom 31.08.2011:
Umbau Badi Oberer Letten, Verzicht auf das Einrichten von gemischten Garderoben

Monika Erfigen (SVP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Wenn das Postulat nicht sofort behandelt wird, ist es zu spät.

Der Rat wird über den Antrag am 28. September 2011 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

- 1732. 2011/344**
Erklärung der SVP-Fraktion vom 21.09.2011:
Unbewilligte Demonstrationen in der Innenstadt am 16. und 17.09.2011, polizeiliche Intervention

Namens der SVP-Fraktion verliest Mauro Tuena (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Erneut schwere Ausschreitungen in der Zürcher Innenstadt

Erneut erlebte Zürich in den Nächten des letzten Wochenendes schwerste Krawalle, wie sie an Brutalität kaum zu überbieten sind. Szenen, die wir bis anhin nur aus dem Ausland kennen, spielen sich jetzt leider auch in Zürich ab. Die SVP verurteilt solche Strassenschlachten und Saubannerzüge auf das Schärfste. Solche Randalierer haben in unserer Stadt nichts verloren. Sie gehören mit aller Härte des Gesetzes bestraft. Ebenfalls müssen sie für die angerichteten Sachschäden aufkommen. Im Weiteren ist zu überlegen, ob solchen verurteilten Straftätern Teile des Polizeieinsatzes verrechnet werden sollen. Dies hätte zusätzlich eine abschreckende Wirkung auf Nachahmer. Zudem müssen minderjährige Randalierer zu gemeinnütziger Arbeit aufgeboten werden.

Ausserdem ist darauf zu achten, dass in diesem Zusammenhang verhaftete Personen möglichst länger als übers Wochenende in Untersuchungshaft bleiben. Wenn solche Leute am Montagmorgen am Arbeitsplatz oder in der Schule nicht erscheinen, werden sich manche, für diese grösstenteils jungen Menschen Verantwortliche einige Gedanken machen. Dass eine Jugendstaatsanwältin 25 Minderjährige wenige Stunden nach deren Verhaftung bereits wieder entliess, verurteilt die SVP auf das Schärfste. Ein paar Tage Aufenthalt im provisorischen Polizeigefängnis hätte eine erzieherische Wirkung.

Die SVP bedankt sich bei all jenen Polizeimitarbeitenden, die am letzten Wochenende im Einsatz standen und bei allen, die dafür gesorgt haben, dass 94 Personen verhaftet werden konnten. In einem solch gewalttätigen Umfeld bedeutet das eine sehr schwierige Aufgabe. Die Polizei zögerte keine Minute und griff von Anfang an hart durch. Dies ist das einzig richtige Vorgehen. Dass die Taktik des Zusehens ausgedient hat und seitens der Demonstranten auch nicht goutiert wird, zeigten die Vorkommnisse in der Freitagnacht in der Gegend des Helvetiaplatzes deutlich.

Diese Botschaft ist ein klares Signal an jene Personen, die sich in ihren düsteren Gedanken damit befassen sollten, nächstes Wochenende Zürich wieder zum Randalieren zu missbrauchen. Sie alle wissen jetzt, dass sie mit ziemlicher Sicherheit verhaftet werden und entsprechend mit rigorosen Konsequenzen rechnen müssen.

Die SVP erwartet vom Stadtrat, dass er der Polizei unmissverständlich den Auftrag gibt, solche illegalen Machenschaften unter keinen Umständen zu dulden und entsprechend mit aller Härte durchzugreifen. Tut er dies nicht, läuft er Gefahr, mit Gewaltaktionen und Strassenschlachten erpressbar zu werden. Dies hätte fatale Folgen.

1733. 2011/346

**Erklärung der CVP-Fraktion vom 21.09.2011:
Unbewilligte Demonstrationen in der Innenstadt am 16. und 17.09.2011, polizeiliche Intervention**

Namens der CVP-Fraktion verliest Christian Traber (CVP) folgende Fraktionserklärung:

Fraktionsklärung zu den Ausschreitungen vom vergangenen Wochenende

Die CVP-Fraktion verurteilt die Ausschreitungen der beiden vergangenen Wochenenden in der Zürcher Innenstadt aufs Schärfste und dankt gleichzeitig den Polizeibeamten von Stadt- und Kantonspolizei sowie der Transportpolizei der SBB für ihren Einsatz. Nur dank dem angemessenen Aufgebot, der guten Vorbereitung und dem besonnen, aber durchaus auch konsequentem Vorgehen konnte insbesondere in der Nacht auf Sonntag Schlimmeres verhindert werden.

Doch warum ist es überhaupt soweit gekommen? Warum wurden die Krawalle ausgelöst, ohne dass eine klare Botschaft dahintersteht? Warum kamen Dutzende von teilweise sehr jungen Personen am Samstagabend nach Zürich, um die Polizei zu provozieren und die Auseinandersetzung mit dieser zu suchen, bzw. noch schlimmer, im Einsatz stehende Feuerwehrleute und Angehörige der Sanität zu bedrohen?

Für die CVP-Fraktion ist unbestritten, dass die Krawallanten bis zur vollständigen Klärung des Sachverhalts in Untersuchungshaft gesetzt und anschliessend durch die Justiz ohne Zurückhaltung verurteilt werden müssen. Hier ist Null Toleranz gefordert, es gibt kein Recht auf Krawallmache! Solche Krawallanten müssen die volle Härte des Gesetzes zu spüren bekommen. Nachsicht wäre fehl am Platz.

Auf der anderen Seite muss das Problem auf der gesellschaftlichen Ebene angegangen werden. Es kann nicht sein, dass Personen fast aus der ganzen Schweiz am Wochenende nach Zürich pilgern und dann bei uns – auch im vermeintlichen Schatten der Anonymität – Krawalle suchen und Chaos und Zerstörungen anrichten. Gefordert sind diesbezüglich nicht nur Eltern und Erziehungsberechtigte, sondern es stehen auch Gemeinden und Kantone – die ihre Probleme abschieben – in der Verantwortung. Das Problem der Ausschreitungen der letzten beiden Wochenenden kann nicht alleine durch die Zürcher Polizeikörper gelöst werden.

Persönliche Erklärung:

Thomas Schwendener (SVP) hält eine persönliche Erklärung zum fehlenden Warmwasser in Zürich-Nord aufgrund eines Schadensfalls an einer Hauptleitung der Fernwärme Zürich AG.

G e s c h ä f t e

1734. 2011/321

Eintritt von Karin Weyermann (CVP) anstelle des zurückgetretenen Urs Rechsteiner (CVP) für den Rest der Amtsdauer 2010-2014

In Anwendung von § 108 des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR) hat der Stadtrat mit Beschluss vom 1. September 2011 anstelle von Urs Rechsteiner (CVP) mit Wirkung ab 15. September 2011 für den Rest der Amtsdauer 2010 bis 2014 als gewählt erklärt:

Karin Weyermann (CVP 7+8), Juristin, geboren am 31. März 1984, von Zürich/ZH, Witikonstrasse 247, 8053 Zürich

1735. 2011/322

Weisung vom 07.09.2011:

Motion der AL-Fraktion betreffend Minergie-P-Bauten, finanzielle Förderung, Bericht und Antrag auf Auftragsverzicht

Zuweisung an die SK GUD gemäss Beschluss des Büros vom 19. September 2011

1736. 2011/323

Weisung vom 07.09.2011:

Neue Platzgestaltung Sechseläuten-/Theaterplatz, Erneuerung umliegende Strassen, Objektkredit

Zuweisung an die SK PD/V gemäss Beschluss des Büros vom 19. September 2011

1737. 2011/325

Weisung vom 07.09.2011:

Immobilien-Bewirtschaftung, Miete von Räumen der Liegenschaft Ausstellungsstrasse 88, für das Sozialzentrum Ausstellungsstrasse

Zuweisung an die SK HBD/SE gemäss Beschluss des Büros vom 19. September 2011

1738. 2011/125

Postulat von Samuel Dubno (GLP) und Martin Luchsinger (GLP) vom 13.04.2011: Aufhebung der Verlängerung des Zeltwegs und Aufwertung des Heimplatzes im Rahmen des Kunsthaus-Neubaus

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Martin Luchsinger (GLP) vom 14. September 2011 (vergleiche Protokoll-Nr. 1693/2011)

Die Dringlicherklärung wird von 71 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum (63 Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR) erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

1739. 2011/143

Bericht der Beauftragten in Beschwerdesachen (Ombudsfrau) für das Jahr 2010

Die GPK hat den Bericht der Beauftragten in Beschwerdesachen, Dr. Claudia Kaufmann, in Anwendung von Art. 37 Abs. 3 Gemeindeordnung geprüft (vgl. Bericht und Antrag der GPK vom 11. Juli 2011).

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dr. Ueli Nagel (Grüne) stellt den Bericht der Beauftragten in Beschwerdesachen (Ombudsfrau) für das Jahr 2010 vor: Der Themenschwerpunkt 2010 war «Diskriminierendes Profiling». Ein diskriminierendes Profiling kann entstehen, wenn sich Täterprofile im Zusammenhang mit polizeilichem Handeln nur auf wenige Merkmale eines Täters und insbesondere auf Rassenmerkmale einer ganzen Gruppe beziehen. Die im Bericht beschriebenen Fälle haben in den Medien und bei der Polizei hohe Wellen geschlagen und zu einer weiteren Sensibilisierung der Polizeiarbeit, z. B. bei der Bekämpfung von Drogenhandel, geführt. Im Jahr 2010 hat die Geschäftslast der Ombudsfrau markant zugenommen. 80 % der Geschäfte können erfreulicherweise rasch – innerhalb zweier Monate – erledigt werden. Die Tätigkeit der Ombudsstelle umfasst drei Aufgabenfelder: Beschwerdeprüfung, Information und Beratung, Vermittlung. Mit zunehmender Bekanntheit in der Bevölkerung wird die Ombudsfrau immer mehr zur ersten Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger, die nicht mehr weiter wissen und z. B. das Gefühl haben, in ihren Rechten beschnitten zu sein. Die Institution hat sich bewährt. Sie geniesst in Zürich das Vertrauen der Bevölkerung, der Verwaltung und auch des Parlaments. Die GPK beantragt Ihnen grossmehrheitlich, den Bericht abzunehmen. Wir möchten Frau Dr. Claudia Kaufmann und ihrem Team für die wichtige Tätigkeit unseren herzlichen Dank aussprechen.

Bruno Amacker (SVP): Für die SVP ist die Ombudsstelle eine wichtige Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger, die sich vielleicht nicht auskennen mit den staatlichen Instanzen und vielleicht nicht über genügend Mittel und Risikobereitschaft verfügen, den Rechtsmittelweg zu beschreiten. Wir sind aber der Meinung, dass das Amt in der Stadt Zürich nicht wunschgemäss geführt wird. Die Ombudsstelle müsste ihrem in Art. 39 der Gemeindeordnung der Stadt Zürich formulierten Auftrag nachkommen. Gemäss Abs. 2 kann der oder die Beauftragte abklären, ob die Stadtverwaltung nach Recht und Billigkeit verfährt, hat aber keine Entscheidungs- und Weisungsbefugnis. Aus dem vorliegenden Bericht geht aber hervor, dass die tatsächliche Arbeit der Ombudsstelle offenbar über den in der Gemeindeordnung formulierten Auftrag hinausgeht. Dieser Umstand ist per se zu kritisieren. Auch die Arbeitsweise stellt uns nicht zufrieden. Wenn die Beurteilung und die Schlussfolgerungen auf blossen Mutmassungen aufbauen, verkommt der Bericht zu einem Thesenpapier. Er bedient sich selber jener Methoden, die er der Polizei vorwirft. Auf Seite 11, unten, heisst es z. B., für die Ombudsstelle gehe aus der Stellungnahme der Polizei nicht hervor, wie die Signalemente im Detail lauteten. Es müsse daher vermutet werden, dass zwei Herren einzig wegen ihrer Hautfarbe und ihres Geschlechts als verdächtig eingestuft, angehalten und kontrolliert wurden. Diese unbegründete Mutmassung weist auf eine ungenügende Arbeitsweise hin. Es mutet zudem widersprüchlich an, wenn ein paar Zeilen weiter unten steht, aus Sicht der Ombudsfrau wären zusätzliche Signalemente zu berücksichtigen gewesen, wo doch gerade erst eingestanden wurde, die Signalemente seien ihr nicht im Detail bekannt. Solange ein Sachverhalt nicht feststeht, kann er nicht gewürdigt werden. Es können auch keine Schlussfolgerungen gezogen oder Empfehlungen abgegeben werden – im Bericht wird aber beides getan. Auch die Fallbeispiele 2 und 3 bauen auf unklaren Sachverhalten auf. Damit der Bericht sachlich bleiben könnte, müssten Varianten gebildet werden. Dass dies unterlassen wurde, ist deshalb ärgerlich, weil es tatsächlich um interessante, ernste und wichtige Fragen

geht. Das polizeiliche Handeln greift wie kein anderes staatliches Handeln in die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger ein, weshalb die Polizeiarbeit besonders genau beobachtet und kritisch gewürdigt werden muss. Die drei Fallbeispiele sind übrigens gar keine Profiling-Fälle, handelt es sich doch um Fälle im Rahmen von laufenden Fahndungen und laufenden Verfahren. Solche Fälle mit untauglichen oder ungenügenden Signalen können nicht als Profiling-Fälle bezeichnet werden. Weiter sind wir der Meinung, dass es keine Aufgabe der Ombudsstelle ist, für andere Verwaltungsabteilungen die notwendigen rechtlichen Abklärungen selber zu treffen. In solchen Fällen müsste die Ombudsstelle den Stadtrat informieren. Aus diesen Gründen empfehlen wir Ihnen, den Bericht ablehnend zur Kenntnis zu nehmen.

Weitere Wortmeldungen:

Irene Bernhard (GLP): Die GLP dankt der Ombudsstelle für ihre wertvolle Arbeit. Durch ihre vermittelnde Tätigkeit hat die Ombudsstelle sicher ein paar Rechtsmittelverfahren verhindert und so zur Effizienzsteigerung beigetragen.

Peter Küng (SP): Die SP dankt Frau Dr. Claudia Kaufmann für ihre grosse und wichtige Arbeit und für den ausgezeichneten, interessanten und aufschlussreichen Bericht. Die Fallbeispiele sind sehr wohl Profiling-Fälle, weil der Vorgang unter allen Umständen ein Skandal ist. Es ist ehrverletzend, wenn man wiederholt zu Unrecht von der Polizei abgeführt wird. Die Verhältnismässigkeit ist in gewissen Fällen verletzt. Gemäss dem Andorra-Effekt glaubt jemand, dem man wiederholt bestimmte Charaktereigenschaften zuschreibt, irgendwann an diese. Es ist zwar nicht davon auszugehen, dass Leute, die wiederholt wie Verbrecher behandelt werden, irgendwann zu Verbrechern werden. Aber in ihrer Bemühung, sich in die Gesellschaft zu integrieren, werden diese Leute bestimmt nicht bestärkt, solange ihnen ständig gesagt wird, sie seien generalverdächtig.

Michael Schmid (FDP): Die Fallbeispiele sollten nicht seziert werden wie z. B. eine Anklageschrift. Die Fallbeispiele 2 und 3 sind zwar nicht klassische Fälle von Profiling, sind es aber allemal wert, offen diskutiert zu werden, ohne dass sie Anlass geben zu heftiger Kritik an der Polizei oder an der Ombudsfrau. Der Eindruck, dass die Ombudsstelle zum Teil die Funktion einer externen Rechtskonsultenstelle übernimmt, stimmt. Hier wird ein Mangel in den Ämtern aufgedeckt, den es zu beheben gilt. Es ist aber gut, dass die Ombudsperson auf solche Schwächen hinweist und allenfalls auch Verbesserungen aufzeigt. Solche grundsätzlichen Hinweise sind nicht zuletzt ein wichtiger Beitrag zur Aufgabenerfüllung des Gemeinderats. Dass die Ombudsperson auf solche Punkte eingeht, spricht für ihre Arbeit. Die FDP beantragt Ihnen die Abnahme des Berichts.

Patrick Blöchliger (SD): Die Ombudsfrau verschwendet in ihrem Bericht viel Platz für ein verfehltes Gejammer über angebliche rassistische Praktiken unserer Stadtpolizei. Sie beklagt sich darüber, dass vor allem jüngere schwarze Männer und sogenannte Romas häufig von der Polizei kontrolliert würden und blendet dabei aus, dass diese Gruppen die Polizei überproportional mit Delikten und störendem Verhalten beschäftigen. Die Dealer an der Langstrasse sind nun mal keine Appenzeller oder Zürcher, sondern stammen aus fernen Gebieten. Deshalb muss die Polizei gezielt Angehörige dieser Bevölkerungsgruppen kontrollieren. Die erwähnten jungen schwarzen Männer verhalten sich bei Polizeikontrollen oft sehr renitent. Es ist deshalb verständlich, dass die Polizei bei solchen Kontrollen nicht lange verhandelt, sondern energisch zupackt und so einen Angriff auf sie verhindert. Die Behörden sollten sich dafür einsetzen, dass diese problematischen ethnischen Minderheiten nicht grösser werden. Die Schweizer Demokraten danken der Polizei für ihre sehr gute Arbeit und fordern sie auf, sich nicht von publizistischen und politischen Druckversuchen davon abbringen zu lassen. Wir stehen hinter unserer Polizei und den nötigen Massnahmen gegen die importierte Kriminalität und lehnen den Bericht deshalb entschieden ab.

Walter Angst (AL): Wieso sollten die häufigen Fälle, in denen Leute die Ombudsstelle aufsuchen, weil sie das Gefühl haben, aufgrund ihrer Hautfarbe kontrolliert worden zu sein, nicht Gegenstand dieses Jahresberichts sein? Wir müssen uns mit diesem Problem auseinandersetzen. Ein 30-jähriger afrikanischer Musiker, der mit seiner Walliser Frau an der Militärstrasse wohnt, hat mir vor einiger Zeit erzählt, er nehme die häufigen Kontrollen durch die Polizei einfach hin und gehe deswegen nicht zur Ombudsfrau. Dieses Beispiel zeigt, dass es bei den marginalisierten Gruppen nicht automatisch zu einem Widerstandseffekt kommt, sondern dass sie die Situation vielmehr hinnehmen. Eigentlich möchten wir aber in einer Gesellschaft leben, in der dieser Reflex nicht der übliche ist. Die Betroffenen sollen vielmehr auf solche Missstände aufmerksam machen und Verbesserungen verlangen dürfen. Angesichts der Realität glaube ich nicht an die selbststreichende Kraft des Berichts. Die Problematik wurde in der Verwaltung bisher nicht angegangen.

Christoph Spiess (SD): Eine Bemerkung zum Thema Signalemente: Ein Signalement beschreibt nun einmal das Aussehen einer Person, dazu gehört logischerweise auch die Hautfarbe. Wenn eine Unterscheidung nach der Hautfarbe nicht mehr erlaubt ist, wird die Polizei in ihrer Arbeit entscheidend behindert. Werden die Argumente der Ombudsfrau konsequent zu Ende gedacht, dürfte man auch nicht mehr nach einer Blondine, nach Blauäugigen oder nach Leuten, die grösser sind als 1.90 m, fahnden, weil diese sich dadurch diskriminiert fühlen könnten. Am Ende müsste die Polizei nach einem Täter suchen, über dessen Aussehen sie sich nicht äussern darf.

Dr. Ueli Nagel (Grüne): Die Art und Weise, wie Jurist Christoph Spiess (SD) die Argumentationslinie von Jurist Bruno Amacker (SVP) fortgeführt hat, zeigt, dass es nicht um eine juristische, sondern um eine politische Beurteilung geht. Zum Votum von Walter Angst (AL) möchte ich folgendes sagen: Frau Dr. Claudia Kaufmann setzt in ihrer Arbeit auf Dialog, gerade auch deshalb, weil die Ombudsstelle über keine Weisungsbefugnis verfügt. Eine sofortige Wirkung der Arbeit ist nicht möglich. Kontinuität und Seriosität der Arbeit sorgen aber dafür, dass längerfristig eine Wirkung verzeichnet werden kann, wie jetzt z. B. im Sozialdepartement.

Bruno Amacker (SVP): Ich habe ausdrücklich gesagt, dass ich es schade finde, wie die Probleme angegangen werden. So, wie der Bericht verfasst ist, drehen sich die anschliessenden Diskussionen wieder nur um Drogen- und Einwanderungsprobleme und um die Hautfarbe, statt um die eigentliche Problematik. Die Frage lautet: Wer wird aus welchem Grund von der Polizei arretiert? Nach welchen Kriterien wird gearbeitet? Diese Fragen betreffen z. B. auch mich, wenn ich über die Grenze fahre: Je nach Auto und Beifahrer werde ich durchgewinkt oder kontrolliert. Es ist schade, dass der Fächer von Beispielen so eng gehalten wird, und der Bericht nur Fälle behandelt, in denen es um die Hautfarbe geht.

Bernhard Jüsi (SP): Es wird dann problematisch, wenn die Polizei wenig bis gar keine Angaben hat, um eine Person zu beschreiben, ausser eines untauglichen Signalements. In diesem Fall sollte die Polizei besser keine Fahndung herausgeben.

Niklaus Scherr (AL): Das Beispiel mit dem Zoll ist interessant. So wie ein spezielles Auto auffällig ist, ist auch eine Person auffällig, die einer ethnischen Minderheit angehört. Die Profiling-Diskussion beinhaltet nichts anderes als den Umstand, dass bei der Fahndung mit einem untauglichen Signalement nach einem «Schweizer» kein äusserliches Merkmal in den Fokus gerät, während bei der Fahndung mit einem untauglichen Signalement plus der Zusatzeigenschaft «schwarze Hautfarbe» diese Zusatzeigenschaft in den Fokus gerät.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt Abnahme des Berichts der Beauftragten in Beschwerdesachen (Ombudsfrau) für das Jahr 2010.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des Berichts der Beauftragten in Beschwerdesachen (Ombudsfrau) für das Jahr 2010.

Mehrheit: Vizepräsident Dr. Ueli Nagel (Grüne), Referent; Präsidentin Katrin Wüthrich (SP), Irene Bernhard (GLP), Bernhard Jüsi (SP), Peter Küng (SP), Matthias Probst (Grüne), Michael Schmid (FDP), Christian Traber (CVP)

Minderheit: Bruno Amacker (SVP), Referent; Roger Bartholdi (SVP)

Abwesend: Bruno Sidler (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 23 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

Der Bericht der Beauftragten in Beschwerdesachen (Ombudsfrau) für das Jahr 2010 wird abgenommen.

Das Geschäft ist erledigt

1740. 2011/211

Bericht des Datenschutzbeauftragten für das Jahr 2010

Die GPK hat den Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten der Stadt Zürich, Marcel Studer, in Anwendung von Art. 37 Abs. 3 Gemeindeordnung geprüft und beantragt Abnahme (vgl. Bericht und Antrag der GPK vom 5. September 2011).

Kommissionsreferent:

***Dr. Ueli Nagel (Grüne)** stellt den Bericht des Datenschutzbeauftragten für das Jahr 2010 vor: Der Datenschutzbeauftragte ist Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Verwaltung. Veröffentlichungen im Internet sind Themenschwerpunkt des Berichts. Unter Berücksichtigung des Öffentlichkeitsprinzips besteht heute die Tendenz, Projekte und Tätigkeiten der Verwaltung mithilfe des Internets öffentlich zu machen. Im Zusammenhang mit technischen Innovationen stellen sich neue datenschutzrechtliche Fragen. Der Datenschutzbeauftragte hat zum Teil auch eine beratende Funktion, wie z. B. bei der Benutzung der elektronischen Infrastruktur. Ein neues Thema ist die Internettelefonie, die jetzt eines Reglements bedarf, in das der Datenschutzbeauftragte sein Wissen einfliessen lassen wird. Der Datenschutzbeauftragte hat auch bei der Ausarbeitung der Prostitutionsgewerbeverordnung mitgeholfen. Die Tätigkeit des Datenschutzbeauftragten findet im Stillen und in einem Vertrauensverhältnis mit der Stadtverwaltung statt. Im Namen der GPK und des Gemeinderats danke ich Marcel Studer und seinem Team für die wertvolle Arbeit und den guten Bericht. Ich bitte Sie, den Bericht anzunehmen.*

Schlussabstimmung

Die GPK beantragt Abnahme des Tätigkeitsberichts 2010 des Datenschutzbeauftragten.

Zustimmung: Vizepräsident Dr. Ueli Nagel (Grüne), Referent; Präsidentin Katrin Wüthrich (SP), Bruno Amacker (SVP), Irene Bernhard (GLP), Roger Bartholdi (SVP), Bernhard Jüsi (SP), Peter Küng (SP), Matthias Probst (Grüne), Michael Schmid (FDP), Christian Traber (CVP)
Abwesend: Bruno Sidler (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK mit 111 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

Der Tätigkeitsbericht 2010 des Datenschutzbeauftragten wird abgenommen.

Das Geschäft ist erledigt

1741. 2003/231

Weisung vom 24.08.2011:

Motion von Anton Stäbler (CVP) und Robert Schönbächler (CVP) betreffend Meierhofplatz, Aufwertung, Antrag auf 2. Fristerstreckung

Der Stadtrat beantragt sofortige materielle Behandlung und eine Fristverlängerung zur Vorlage einer Weisung zur Motion GR-Nr. 2003/231.

***Mauro Tuena (SVP)** stellt den Ablehnungsantrag zur Fristerstreckung: Der Stadtrat wäre eigentlich an Fristen gebunden. Damit Fristerstreckungen nicht zum Normalfall werden, beantragt Ihnen die SVP, heute materiell auf die Weisung einzutreten, sie jedoch abzulehnen und dem Stadtrat die Fristverlängerung nicht zu gewähren. Der Stadtrat soll aufgefordert werden, die entsprechende Weisung vorzulegen, damit wir im Gemeinderat die inhaltliche Debatte führen können.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

***STR Daniel Leupi:** Der Lauf dieses Geschäfts ist zugegebenermassen kein Ruhmesblatt für den Stadtrat. Es handelt sich aber auch nicht um ein einfaches Geschäft. Sie können darauf vertrauen, dass die Aufgabenstellung bald noch einmal zusammen mit dem ganzen Quartier angeschaut werden wird. Auch wenn Fristerstreckungen ärgerlich sind, können Sie hier mit gutem Gewissen dem Stadtrat folgen und ihm die Fristerstreckung erteilen. Der Arbeitsprozess wird im Winter wirklich anlaufen.*

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrats mit 89 gegen 23 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Die Frist zur Erfüllung der am 20. April 2005 überwiesenen Motion, GR Nr. 2003/231, von den Gemeinderäten Anton Stäbler (CVP) und Robert Schönbächler (CVP) vom 25. Juni 2003 betreffend Meierhofplatz, Aufwertung, wird um weitere zwölf Monate bis zum 22. September 2012 verlängert.

Mitteilung an den Stadtrat

1742. 2006/256

Weisung vom 24.08.2011:

Motion von Daniel Leupi (Grüne) und Bastien Girod (Grüne) betreffend Velostationen, Realisierung von zwei Anlagen am Hauptbahnhof, Antrag auf Fristerstreckung

Der Stadtrat beantragt sofortige materielle Behandlung und eine Fristverlängerung zur Vorlage einer Weisung zur Motion GR-Nr. 2006/256.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

***STR Ruth Gerner:** Wir beantragen zum zweiten Mal eine Fristverlängerung. Materiell stehen wir klar hinter dem Anliegen der Velostationen und haben auch schon einiges dafür gearbeitet. Eine erneute Fristverlängerung ist nötig, damit wir das Anliegen angemessen umsetzen können. Die Gemeindeordnung sieht vor, dass man eine zweite Verlängerung beantragen kann, sofern diese hinreichend begründet wird. Dies haben wir in der Weisung getan. Ich bitte Sie, dieser Fristverlängerung stattzugeben, damit wir die Velostationen auch wirklich realisieren können.*

***Mauro Tuena (SVP)** stellt den Ablehnungsantrag zur Fristerstreckung: Es war das Anliegen der beiden Motionäre und der Mehrheit des Gemeinderats, dass der Stadtrat eine Weisung vorlegt. Er soll die Weisung also vorlegen und darin die Abschreibung der Motion beantragen. Wir beantragen Ablehnung der Fristerstreckung.*

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrats mit 91 gegen 23 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Die Frist zur Erfüllung der am 22. November 2006 überwiesenen Motion, GR Nr. 2006/256, von den Gemeinderäten Daniel Leupi (Grüne Partei) und Bastien Girod (Grüne Partei) vom 21. Juni 2006 betreffend Velostationen, Realisierung von zwei Anlagen am Hauptbahnhof, wird um zwölf Monate bis zum 21. November 2012 verlängert.

Mitteilung an den Stadtrat

1743. 2011/120

Weisung vom 13.04.2011:

Geschäftsbericht des Stadtrats 2010

Beratungsgrundlagen

- Weisung vom 13.04.2011
- Geschäftsbericht 2010
- Bericht und Antrag der GPK vom 05.09.2011
- Tischaufgabe vom 21.09.2011

Statistik betreffend Abschreibungsanträge	
Abschreibungsanträge GPK	64
Nichtabschreibungsanträge GPK	85
= Total Abschreibungsanträge Stadtrat*	149

- * Von den Total 153 Abschreibungsanträgen des Stadtrats wurden die vom Rat im Jahr 2011 bereits abgeschriebenen Geschäfte GR Nrn. 2008/89 und 2008/580 sowie die Geschäfte GR Nrn. 2007/320 (bereits im Rahmen der Behandlung des Geschäftsberichts 2009 abgeschlossen) und 2005/375 (Postulat abgelehnt, keine Überweisung an den Stadtrat erfolgt) abgezogen.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Katrin Wüthrich (SP): Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat im Sinne von Art. 37 Abs. 2 der Gemeindeordnung den Geschäftsbericht des Stadtrats geprüft, sie hat schriftliche und mündliche Fragen gestellt und die Antworten beraten. Neben dem Geschäftsbericht des Stadtrats sind die Quartalsberichte der Finanzkontrolle ein zentrales und wichtiges Instrument für die Prüfung der Geschäfte. Im März 2011 hat sich die GPK mit der Thematik der wirksamen Oberaufsicht auseinandergesetzt, was zu einigen Anpassungen der Tätigkeit der GPK führte. Sie wird z. B. vermehrt thematische Schwerpunkte festlegen und diese während des Jahres umfassend überprüfen. Auch 2010 konnten wir einige Untersuchungen abschliessen, wie z. B. betreffend die Unfallversicherung Stadt Zürich oder das Pflegezentrum Entlisberg. Mit anderen vertieften Abklärungen haben wir 2010 begonnen, z. B. mit der Untersuchung zum historischen Parkplatzkompromiss oder zur neuen Stabsstelle des Stadtrats. Neben den departementspezifischen Fragen hat die GPK in diesem Berichtsjahr die Schwerpunkte auf die Arbeitssituation, die Wirkung zentraler Dienstleistungen und auf das Qualitätsmanagement und Controlling gelegt. Die Anzahl der Mehr- und Überstunden haben 2010 im Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD), im Polizeidepartement (PD) und beim Hortpersonal (SSD) ausufernde Formen angenommen. Es ist uns bewusst, dass es sich z. B. bei der Polizei um Mehrstunden handelt, die von aussen an sie herangetragen wurden. Nichtsdestotrotz müssen kurz- und vor allem auch langfristige Lösungen gefunden werden. Die Stadtverwaltung bietet mit der IMMO, dem OIZ, der Schul- und Büromaterialverwaltung (SBMV) und der Fachstelle für Beschaffungskoordination zentrale Dienstleistungen für alle Departemente an. Die einzelnen Departemente profitieren von diesen Fachstellen. Die Einführung des flächendeckenden Internen Kontrollsystems (IKS) der Stadt befindet sich im Abschluss. Die Verwaltung konnte diesen Fragenkomplex noch nicht beantworten. Das Finanzdepartement wird das IKS der GPK vorstellen, und die GPK wird sich im Rahmen ihrer Oberaufsicht weiter mit den Fragen des Controlling und des Qualitätsmanagements befassen. Zu den Abschreibungsanträgen der Postulate: Gemäss Art. 95 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderats prüft die GPK die Berichte des Stadtrats zu den Postulaten und stellt anlässlich der Ratsdebatte zum Geschäftsbericht Antrag auf Abschreibung. Die GPK lädt die Postulatseinreichenden jeweils ein, zum Abschreibungsantrag Stellung zu nehmen. Auch in den Vorjahren hat die GPK in allen Fällen die Anträge der Postulatseinreichenden – und somit eine reine Briefträgerfunktion – übernommen. Dieses Vorgehen scheint geschäftsordnungsrechtlich fragwürdig und in der Sache nicht sinnvoll. Die GPK beabsichtigt, auch in Zukunft die Stellungnahme der Postulatseinreichenden angemessen zu berücksichtigen, behält sich aber aufgrund der Prüfung des Sachverhalts vor, dem Gemeinderat einen abweichenden Antrag zu stellen. Über eine allfällige Änderung von Art. 95 Abs. 3 der Geschäftsordnung hat der Gemeinderat zu entscheiden. Die GPK hat dazu im Rahmen einer Vernehmlassung am 29. August 2011 zuhanden des Büros des Gemeinderats Stellung genommen. Bei den Anträgen des Stadtrats zur Abschreibung von Vorstössen fällt, wie bereits in den letzten Jahren bemängelt, auf, dass der Stadtrat Postulate abschreiben will, deren Realisierung zwar vorgesehen, aber noch nicht umgesetzt ist. Die GPK bittet den Stadtrat, künftig bei den Abschreibungsanträgen darauf zu achten, dass nur Postulate, die erfüllt oder begründet nicht erfüllbar sind, zur Abschreibung vorgeschlagen werden. Die GPK dankt dem Stadtrat und seinen Mitarbeitenden für die jeweils sorgfältig zusammengestellten, oftmals umfangreichen Unterlagen und die mündlichen Ergänzungen im Rahmen von

Besuchen in der GPK. Die GPK-Referentinnen und -Referenten wie auch die Gesamtbehörde konnten im Kontakt mit den Departementen und Dienstabteilungen immer wieder feststellen, dass sich die Mitarbeitenden, das Kader und die Leitungsverantwortlichen in aller Regel stark mit ihrer Arbeit identifizieren und ein hohes Engagement an den Tag legen. Ich bitte Sie im Namen der Mehrheit der GPK dem Antrag des Stadtrats zu folgen und den Geschäftsbericht des Stadtrats 2010 abzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) begründet den Ablehnungsantrag der SVP: *Als Oberaufsicht hat die GPK einen wichtigen Auftrag. Aus dem Bericht geht hervor, dass die GPK ihre Aufsichtspflicht vermehrt wahrnehmen will. 2010 hat die GPK zum ersten Mal Schwerpunktthemen gesetzt. Auf Seite 6, unter Traktandum 4, im zweiten Abschnitt steht aus Sicht der GPK-Minderheit der wichtigste Satz dieses Berichts: «Auch in dieser Ausgabe vermisst die GPK kritische Anmerkungen.» Wer den Geschäftsbericht des Stadtrats für das Jahr 2010 liest, wird kaum etwas Kritisches finden. Ein Geschäftsbericht muss aber sowohl das Gute als auch das Negative eines Geschäftsjahrs abbilden und kann nicht nur die Sonnenseite der Stadt beleuchten. So gibt es etwa Themen, die monatelang in den Medien diskutiert wurden, im Geschäftsbericht aber nicht erwähnt werden. Die SVP ist der Meinung, dass ein Geschäftsbericht nicht nur die schönen Seiten darstellen sollte und kann deshalb dem vorliegenden Bericht nicht zustimmen.*

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Ueli Nagel (Grüne): *Die Subkommission Einbürgerungen hat den Auftrag, die Rechtmässigkeit des Ablaufs von Einbürgerungen zu überprüfen. Diese Überprüfung besteht aus zwei Teilen. Zum einen suche ich als Präsident der Subkommission das Gespräch mit dem Stadtschreiber und der Leiterin der Bürgerrechtsabteilung. Zum anderen halten wir Dossierprüfungssitzungen ab, in deren Rahmen die Gesuche durchgesehen und anschliessend Fragen dazu diskutiert werden. Dies sind Fragen der Wohnsitzfristen, der Anforderungen an die Sprachkenntnisse, der wirtschaftlichen Erhaltungsfähigkeit usw.*

Christian Traber (CVP): *Wir haben letztes Jahr sechs Sitzungen abgehalten und dabei interessante und mitverfolgungsbedürftige Themen behandelt. Wir haben in die POLIS-Datenbank Einsicht genommen. Wir konnten uns über die Beschaffenheit der Falldateien, den Ablauf der Datenerfassung usw. informieren. Dabei kamen auch Spezialthemen auf, wie z. B. die Folge von Doppelerfassungen, die Frage nach dem Zugriffskreis und dem weiteren Datenaustausch oder die Bedeutung einer Löschung aus dem System. Ein weiteres Thema war die Datenbank Gamma. Wir haben uns bestätigen lassen, dass die Datenbank den Betrieb aufgenommen hat und später wieder eingestellt wurde. Die Transparenz und Offenheit haben wir sehr geschätzt. Anhand von Beispielen konnten wir nachvollziehen, wie die Datenbanken funktionieren. Ein weiteres Thema war die nachrichtendienstliche Tätigkeit der Stadtpolizei im Auftrag des Bundes. Die Lösungen diesbezüglich werden derzeit noch erarbeitet. Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Polizeidepartements, die uns die Systeme gezeigt und immer ausgiebig Auskunft darüber gegeben haben.*

Peter Küng (SP): *Das Departement der Industriellen Betriebe (DIB) hat die Gesamt-GPK nur am Rand beschäftigt, was sicher kein schlechtes Zeichen ist. Umfragen haben ergeben, dass die Zürcherinnen und Zürcher mit der Wasserversorgung zufrieden sind. Die entsprechenden Dienstabteilungen funktionieren offensichtlich. Die Stadt Zürich wächst aber täglich, und mit ihr muss auch die Infrastruktur wachsen und leistungsfähig bleiben. Gute Neuigkeiten gibt es aus verschiedenen Dienstabteilungen, so etwa vom Trinkwasserstollen Uetliberg oder vom günstigeren Wasserpreis. In Sachen Geothermie sind wir hingegen ein bisschen enttäuscht, was im Bericht ruhig auch zum Ausdruck*

kommen darf. Auch wenn die Ereignisse um den VBZ-Streik nicht in dieses Jahr gefallen sind, möchte ich etwas dazu sagen: Der GPK und der SP ist es wichtig, dass die VBZ funktionieren. Der Arbeitsfrieden soll hochgehalten werden, und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen ihre Arbeit unter guten Bedingungen ausführen können. Eine Bemerkung habe ich auch zum Züri-Tram: Ich finde, die Stadt Zürich soll es sich leisten können, dass ihre Trams wie Trams aussehen und nicht mit Werbung zugepflastert sind. Für Leute, die nach Zürich kommen, ist das Tram eine Visitenkarte. Für die Zürcher Bevölkerung ist es ein Stück Identität, die nicht mit irgendwelchen Firmen vermischt werden sollte. Aus Sicht der GPK möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Departements danken. Stadtrat Andres Türler danke ich für die ausgezeichnete Zusammenarbeit aus meiner Sicht.

Roger Liebi (SVP): Wichtige Probleme der Stadt Zürich, wie z. B. die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Personenfreizügigkeit, die Wohnungsnot, der teure Ausbau der Infrastruktur, Sicherheitsprobleme, Lohnschwierigkeiten usw., kommen im Geschäftsbericht des Stadtrats nicht vor. Die Zuwanderungsproblematik wird nicht direkt angesprochen, sondern durch den ausweichenden Begriff «Wachstumsdruck» ersetzt. Einer der Legislatorschwerpunkte 2010-2014 ist die Kultur- und Kreativstadt Zürich. Allerdings scheint Zürich bereits ein internationaler Leuchtturm im Bereich Kultur zu sein, wie man immer wieder hören kann. Ich verstehe deshalb nicht, weshalb die Kultur jetzt noch Gegenstand eines Legislatorschwerpunkts werden muss.

Dr. Daniel Regli (SVP): Auch für mich ist Zürich eine super Stadt, doch in den Geschäftsbericht gehörten nicht nur die «Good News». Ich erlaube mir, zwei Punkte des Geschäftsberichts, die die Arbeit des Stadtrats defizitär erscheinen lassen, aufzunehmen und zu reflektieren. 1.: Der Legislatorschwerpunkt 4 sieht Frühförderung für alle Kinder vor. Es ist zu lesen, der Stadtrat strebe an, «dass sich jedes Kind in Zürich in den ersten vier Lebensjahren möglichst gut entwickeln kann.» Das kaufe ich dem Stadtrat nicht ab. «Möglichst gut» kann sich ein Kind entwickeln, wenn seine Bedürfnisse in dieser Priorität gestillt werden: Ein Kind hat soziale, emotionale und – erst an dritter Stelle – kognitive Bedürfnisse. Wenn der Stadtrat die kognitiven Bedürfnisse voran stellt und nicht Familienförderung betreibt, ruft er nicht «möglichst gute» Entwicklungen hervor. Wenn er der Meinung ist, der Staat müsse kompensieren, was in so vielen Familien schlecht läuft, zeigt dies einzig, dass der Stadtrat ein Zerrbild von der Familie hat. Der Stadtrat benutzt dieses Zerrbild als Legitimation dafür, dass er keine Familienförderung mehr betreiben, sondern nur noch Nothilfe für zerfallende Familienstrukturen leisten muss – für Kinder also, die nicht bekommen, was sie nötig hätten. Ein Kind wünscht sich einen Vater und eine Mutter, die sich ihm in den ersten vier Lebensjahren verschenken. Davon steht im Geschäftsbericht nichts. Familienpolitik – und nicht nur Nothilfe – gehört aber klar zu den Aufgaben des Stadtrats. 2.: Ein Vorfall, bei dem die Personalpolitik und die Sicherheitspolitik ineinander spielen, hat die SVP und insbesondere auch mich sehr schlecht dastehen lassen. Die Streichung von 15 Polizeistellen wird immer wieder der SVP in die Schuhe geschoben, so z. B. kürzlich durch Balthasar Glättli (Grüne) und durch Bastien Girod (Grüne) in den Medien. Es ist bemühend, dass mit Personalpolitik und Sicherheitspolitik Wahlkampf betrieben wird. Der Geschäftsbericht weist aus, dass das Polizeidepartement in den letzten fünf Jahren 4,5 % mehr Stellen erhalten hat. Das Finanzdepartement ist um 22 % gewachsen, und das Schul- und Sportdepartement verzeichnet 39 % mehr Stellen. Die Sicherheitspolitik wurde in den letzten fünf Jahren deutlich vernachlässigt. Ich danke dem Stadtrat für seine Arbeit und hoffe, dass er in der Familienpolitik und in der Sicherheitspolitik in nächster Zeit mit mehr Herz politisiert.

Christoph Spiess (SD): Mit dem Begriff «Wachstumsdruck» trifft der Stadtrat den Nagel eigentlich recht gut auf den Kopf. Die Zuwanderung ist nur eine Folge des Wachstumsdrucks. Von der SVP wünschte ich mir mehr Ehrlichkeit: Sie verhält sich in Sachen Personenfreizügigkeit unredlich.

Jacqueline Badran (SP): Die SVP ist mit ihrer Steuerpolitik verantwortlich für die Migration und hat dem Stadtrat in dieser Sache nichts vorzuwerfen.

Michael Schmid (FDP): Der Geschäftsbericht des Stadtrats ist lediglich der Ausgangspunkt für die Beratung in der GPK. Wir stellen Rückfragen und beziehen die Antworten in die Beurteilung des Berichts ein. Ein Missfallen der politischen Richtung der Stadt ist kein Grund für eine Ablehnung des Berichts. Es müssten schon fundamentale Fehler vorliegen, die im Widerspruch zu den Vorgaben der Bevölkerung und des Gemeinderats stehen, damit ein Ablehnungsgrund gegeben wäre. Ich beantrage Annahme des Berichts, auch im Namen der FDP.

Roger Liebi (SVP): In privatwirtschaftlichen Unternehmen wird aufgrund des Geschäftsberichts die Decharge erteilt oder nicht erteilt. Auch im Gemeinderat haben wir das Recht, uns kritisch zum Bericht zu äussern und ihn abzulehnen. Wir lehnen ihn ab, weil wir ihn als unvollständig erachten. Vom nächsten Geschäftsbericht erhoffe ich mir, dass er die Zuwanderungsproblematik angemessen beleuchtet.

Aus dem Rat werden keine Anträge gestellt.

Detailanträge der GPK (Abschreibungsanträge Postulate)
vgl. Bericht und Antrag der GPK vom 05.09.2011 und Tischaufgabe vom 21.09.2011

Der Rat stimmt den Abschreibungsanträgen der GPK stillschweigend zu.

Antrag des Stadtrats

Der Geschäftsbericht des Stadtrates für das Jahr 2010 wird gemäss Art. 41 lit. e der Gemeindeordnung abgenommen.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Präsidentin Katrin Wüthrich (SP), Referentin; Vizepräsident Dr. Ueli Nagel (Grüne), Irene Bernhard (GLP), Bernhard Jüsi (SP), Peter Küng (SP), Matthias Probst (Grüne), Michael Schmid (FDP), Christian Traber (CVP)
Minderheit:	Roger Bartholdi (SVP), Referent; Bruno Amacker (SVP)
Abwesend:	Bruno Sidler (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 22 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

1. Der Geschäftsbericht des Stadtrates für das Jahr 2010 wird gemäss Art. 41 lit. e der Gemeindeordnung abgenommen.
2. Folgende Geschäfte werden als erledigt abgeschrieben:

Allgemeine Verwaltung / STS

POS	09.02.2005	Gut Susi und Liebi Roger
2005/000232	14.09.2005	Informationspolitik des Stadtrates, Optimierung
2005/000042		

Präsidialdepartement

POS	30.01.2002	Badertscher Beat, Dr. und Sieg Werner, Prof. Dr.
2002/000184	09.04.2003	Kunsthhaus, Realisierung einer Erweiterung mit dem Kanton und privaten Geldgebern
2002/000041		

POS	09.01.2008	Manser Joe A. und Mariani Mario
2008/000014	30.01.2008	Museum Bellerive, Villa Egli, Haus Le Corbusier und Atelier Haller, Integration in das Museumskonzept
2008/000003		

Finanzdepartement

POS	15.01.2003	Roth Mark
2003/000157	02.04.2003	Juristische Personen im städtischen Einflussbereich, Richtlinien für mehr Transparenz
2003/000013		

POS	14.06.2006	Jacobi Heinz und Bucher Judith
2006/000641	03.12.2008	Städtisches Personal, Lohngleichheit von Frau und Mann
2006/000234		

POS	21.06.2006	Barzotto Myriam
2006/000681	03.12.2008	Leistungsvereinbarungen mit Institutionen, Ergänzung betreffend Löhne
2006/000258		

POS	28.02.2007	Garzotto Bruno und Bergmaier Guido
2007/000240	14.03.2007	«Scan Center» des Steueramtes der Stadt Zürich, Arbeiten nur für öffentliche Verwaltungen
2007/000089		

POS	11.07.2007	Garzotto Bruno und Liebi Roger
2007/000796	12.09.2007	Städtischer Lager- und Gewerberaum, Erhalt der Nutzung
2007/000407		

POS	28.11.2007	AL-Fraktion, SP-Fraktion und Grüne-Fraktion
2007/001250	09.01.2008	Fiskalliegenschaften, Aufwertungen
2007/000617		

POS	07.05.2008	Blöchlinger Patrick und Brasser Ueli
2008/000454	04.06.2008	Städtische Restaurants, vielfältiges Angebot von Bieren
2008/000191		

POS	18.06.2008	Angst Walter und Mauch Corine
2008/000650	17.09.2008	Neuvermietung städtischer Wohnungen und Gewerberäume, Moratorium betreffend höherer Anlagewerte
2008/000283		

POS 2008/000959 2008/000399	03.09.2008 22.10.2008	SP-Fraktion Stadtverwaltung, Berücksichtigung von Produkten aus fairem Handel
POS 2008/000960 2008/000400	03.09.2008 22.10.2008	SP-Fraktion Beschaffungswesen, Einhaltung der Bestimmungen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO)
POS 2008/001071 2008/000459	01.10.2008 29.10.2008	Rykart Sutter Karin und Knauss Markus Spirgartenstrasse, Verzicht auf Parkplatzprovisorium
POS 2008/001196 2008/000503	05.11.2008 10.12.2008	Schwyn Markus und Gut Susi IT-Strategie, Verschiebung Umstellung der Betriebssysteme

Polizeidepartement

POS 2000/000628 2000/000146	29.03.2000 05.06.2002	Spring-Gross Monika und Schönbächler Robert Gebiet Sihlquai, Escher-Wyss-Platz, Hard-, Hardturm- und Pflingstweidstrasse, Massnahmen zur Verkehrsberuhigung
POS 2000/000638 2000/000156	29.03.2000 05.06.2002	Hug Christoph und Glättli Balthasar Stadelhoferstrasse, Schaffung Flanierzone in der Fussgängerzone
POS 2000/001879 2000/000466	27.09.2000 10.01.2001	Tuena Mauro und Casparis Jürg Bäckeranlage und Langstrassenunterführung, Unterbindung des Drogenhandels
POS 2001/002192 2001/000576	14.11.2001 25.02.2004	Schönbächler Robert und Türler Andres Westtangente, Verbot des Lastwagen-Transitverkehrs
POS 2002/001501 2002/000278	21.08.2002 27.11.2002	Danner Ernst und Schmid Georg, Dr. Stadtpolizei/Kantonspolizei, Verwirklichung eines integrierten Ausbildungs- und Karrierekonzepts
POS 2003/000664 2003/000074	05.03.2003 09.03.2005	Liebi Roger und Schwyn Markus Rotlicht- und Drogenmilieu, Bekämpfung der Verlagerung
POS 2004/001705 2004/000583	10.11.2004 30.08.2006	Marthaler Thomas und Traber Christian Sportveranstaltungen, soziale Integration auffälliger Besucherschaft
POS 2004/001706 2004/000584	10.11.2004 30.08.2006	Marthaler Thomas und Traber Christian Sportveranstaltungen, Entschärfung von Gewalteskalationen

POS 2005/000896 2005/000272	06.07.2005 24.08.2005	Tuena Mauro und Liebi Roger Betäubungsmittelabhängige Verkehrsteilnehmende, Schutz der Bevölkerung
POS 2007/000660 2007/000353	13.06.2007 20.06.2007	Stähli-Barth Peter und 4 Mitunterzeichnende Stadion Letzigrund, Pflichten und Verantwortungen der beiden Zürcher Fussballclubs
POS 2007/000910 2007/000466	29.08.2007 26.09.2008	Probst Matthias und Girod Bastien Stadtpolizei, Leibesvisitationen nur bei begründetem Verdacht
POS 2007/001252 2007/000624	28.11.2007 03.12.2008	Butz Marlène und Sarbach Martin Stadelhoferstrasse, Änderung des Fahrverbots
POS 2008/000340 2008/000155	02.04.2008 09.07.2008	Bürlimann Martin und Hüsey Kurt Fussball-Europameisterschaft 2008 (EURO 2008), Aufhebung von Verkehrsmassnahmen nach dem Anlass

Gesundheits- und Umweltdepartement

POS 2007/000954 2007/000491	12.09.2007 26.09.2007	Stucker Rolf und Anhorn Ruth Pissoir am Bürkliplatz, Verhinderung von Geruchsimmissionen
-----------------------------------	--------------------------	---

Tiefbau- und Entsorgungsdepartement

POS 1998/001990 1998/000365	11.11.1998 24.11.1999	Prelicz-Huber Katharina Grünau, Umklassierung der Autobahn A 1
POS 2004/000395 2004/000069	09.02.2004 31.05.2006	CVP/EVP-Fraktion Kommunaler Verkehrsplan, Konzept für die Umsetzung der Hauptstrassenräume
POS 2006/001366 2006/000570	06.12.2006 15.12.2006	Cerliani Pierino und Nagel Ueli Bachöffnungskonzept, beschleunigte Umsetzung
POS 2007/000485 2007/000237	09.05.2007 30.05.2007	Leupi Daniel und Weber Doris Provisorische Velostation beim Hauptbahnhof, Zusammenarbeit mit einem Velo-Gewerbebetrieb
POS 2007/000494 2007/000246	09.05.2007 30.05.2007	Leiser Albert und Simon Claudia Boulevard-Gastronomie, Überarbeitung des Leitfadens
POS 2008/000739 2008/000326	02.07.2008 27.08.2008	Schwyn Markus und Gut Susi Grossveranstaltungen, Abfallentsorgung in der Innenstadt

Hochbaudepartement

POS 2006/000353 2006/000093	22.03.2006 02.11.2007	Reimann Beatrice und Schönbächler Robert Amtshaus Helvetiaplatz, Vermietung an Jungunternehmen und Kunstschaffende
POS 2007/000869 2007/000447	22.08.2007 19.09.2007	Grüne-Fraktion Stadtpital Triemli, Auswertung des Minergie-P-Standards
POS 2007/001282 2007/000637	06.12.2007 14.12.2007	Grüne-Fraktion, SP-Fraktion und AL-Fraktion Sonderbeitrag zur energetischen Gebäudesanierung und -optimierung, Umsetzung
POS 2007/001287 2007/000642	06.12.2007 14.12.2007	Leupi Daniel und Tognella Roger Skater-Halle Bändlistrasse, Nutzung als günstiger Gewerberaum
POS 2008/000144 2008/000088	06.02.2008 21.05.2008	Wepf Mirella und Danner Ernst Liegenschaften, Einführung des Gebäude-Energieausweises BFE
POS 2008/000647 2008/000280	18.06.2008 03.09.2008	Straub Esther und Barzotto Myriam Areal Kronenwiese, Räumlichkeiten für eine Kinderkrippe
POS 2009/000795 2009/000286	24.06.2009 30.09.2009	Nagel Ueli und Abele Martin Verbesserter Zugang zum Kreisgebäude 3
POS 2010/000341 2010/000144	24.03.2010 14.04.2010	Anhorn Ruth und Wohler Bruno Schulhaus Leutschenbach, Erstellung eines Gitterzaunes beim Pausenplatz

Departement der Industriellen Betriebe

POS 2005/001069 2005/000342	31.08.2005 14.09.2005	Ammann Andreas und Kuhn Rolf S-Bahn- und Fernverkehr am Hauptbahnhof, Spätanschlüsse an VBZ
POS 2005/001536 2005/000522	24.11.2005 21.12.2005	Spezialkommission Polizeidepartement/Tiefbau- und Entsorgungsdepartement/Departement der Industriellen Betriebe EWZ, Rahmenvereinbarung über stromsparende Geräte
POS 2008/000084 2008/000059	23.01.2008 18.06.2008	Ammann Andreas und Kuhn Rolf VBZ-Buslinie 71, Weiterbetrieb nach Senkung der Betriebskosten

Schul- und Sportdepartement

POS 1999/001301 1999/000339	14.07.1999 30.08.2000	Erdös-Schärer Susanne und Burri-Wenger Maya Horte, frühzeitige Bekanntgabe der Kinderzuteilung
POS 2004/001385 2004/000452	03.07.2002 25.08.2004	Bucher-Steinegger Heidi und 8 Mitunterzeichnende Volksschule, ausserfamiliäre Mittagsbetreuung für die Oberstufe
POS 2004/001466 2004/000499	15.09.2004 03.11.2004	Bucher Gregor und Leupi Daniel Zuteilung von Hort- und Kindergärtenplätzen, frühzeitige Meldung an Familien
POS 2005/001318 2005/000440	02.11.2005 04.03.2009	Di Concilio Salvatore und Polloni Rohner Gisela Kindergartenhaus, Zugänglichkeit des Pausenplatzes für die Öffentlichkeit
POS 2005/001475 2005/000505	30.11.2005 14.12.2005	Badran Jacqueline Kindergärten, Horte und Fachstellen, Einbezug in das Projekt «Schulen ans Verwaltungsnetz»
POS 2005/001528 2005/000528	07.12.2005 24.10.2007	Di Concilio Salvatore Lehrstellen, Einrichtung weiterer Lehrwerkstätten und Bericht über deren Kosten
POS 2007/000755 2007/000382	04.07.2007 22.08.2007	Schicker Daniela und Filli Peider und 14 Mitunterzeichnende Musikunterricht, Sicherstellung für alle Schülerinnen und Schüler
POS 2008/000692 2008/000301	25.06.2008 10.09.2008	Kisker Gabriele und Monika Bloch Süss Angebot Seniorinnen und Senioren in der Schule, Ergänzung des Betriebskonzepts
POS 2008/000812 2008/000345	09.07.2008 01.10.2008	Danner Ernst und 10 Mitunterzeichnende Schulkreis Glattal, zusätzliche Hortplätze im Quartier Affoltern
POS 2008/001251 2008/000537	26.11.2008 12.12.2008	Recher Anja Schulamt und Schulgesundheitsdienste, Überprüfung der Stellenpläne
POS 2008/001275 2008/000545	03.12.2008 12.12.2008	SP-Fraktion Hortplätze, Ausbau
POS 2008/001276 2008/000546	03.12.2008 17.12.2008	SK Präsidial- und Schul- und Sportdepartement Schulbereich, Synergien bei Zusammenlegungen
POS 2008/001304 2008/000560	10.12.2008 07.01.2009	SK Präsidial- und Schul- und Sportdepartement Verein Pestalozzigesellschaft, Unterstützung für kantonale Subventionen

Sozialdepartement

POS	28.04.2006	FDP-Fraktion
2006/000466	21.06.2006	Pflegekindervermittlung, Qualitätssicherung
2006/000131		

POS	09.05.2007	Katumba Andrew und Barzotto Myriam
2007/000489	05.11.2008	Krippen und Horte, Verlängerung der abendlichen Öffnungszeiten
2007/000241		

POS	30.01.2008	Tuena Mauro und Bartholdi Roger
2008/000114	04.02.2009	Sozialinspektorat, Erhöhung der Stellenzahl
2008/000075		

POS	04.06.2008	Meuli Myrtha und Danner Ernst
2008/000576	10.09.2008	Kinderschutzmassnahmen, Anpassung der Personalressourcen
2008/000258		

POS	23.09.2009	Schwyn Markus und Gut Susi
2009/001226	21.10.2009	Asylorganisation Zürich, Verbesserung der Informationspolitik
2009/000427		

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation der Ziffer 1 am 28. September 2011 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1744. 2011/347

Postulat von Karin Meier-Bohrer (Grüne) und Karin Rykart Sutter (Grüne) vom 21.09.2011: Auszahlungspraxis der Ausbildungszulagen an die städtischen Mitarbeitenden

Von Karin Meier-Bohrer (Grüne) und Karin Rykart Sutter (Grüne) ist am 21. September 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass alle städtischen MitarbeiterInnen, die Anspruch auf Ausbildungszulagen haben, diese auch erhalten.

Begründung:

Die Stadt Zürich hat zur Zeit die Praxis, dass MitarbeiterInnen, welche Kinder haben, die das 16. Altersjahr erreichen, die Ausbildungszulagen ohne Rücksprache und ohne Mitteilung an die Betroffenen automatisch gestrichen werden. Gemäss Bundesgesetz über die Familienzulagen, welches seit 1.1.2009 in Kraft ist, gelten aber in allen Kantonen mindestens die folgenden Zulagen pro Kind und Monat:

- eine Kinderzulage von 200 Franken für Kinder bis 16 Jahren
- eine Ausbildungszulage von 250 Franken für Kinder von 16 bis 25 Jahren.

Dass die Stadt Zürich die Ausbildungszulagen nur ausrichtet, wenn sich die betroffenen Mitarbeitenden beim HR der Stadt Zürich melden, ist äusserst stossend. Mit diesem Postulat fordern wir eine Praxis, welche die betroffenen MitarbeiterInnen über ihre Ansprüche aktiv informiert. Es darf nicht sein, dass nur jene von den Ausbildungszulagen profitieren, welche ihre Ansprüche kennen.

Mitteilung an den Stadtrat

1745. 2011/348

**Postulat der SP-Fraktion vom 21.09.2011:
Betreuungsangebote für schulpflichtige Kinder, Pauschalisierung der Angebote
sowie Vereinfachung der administrativen Abläufe**

Von der SP-Fraktion ist am 21. September 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie mit der Verpflichtung auf eine Nutzung von mindestens 2 Tagen pro Woche, einer Verlängerung der An- und Abmeldungsfrist auf drei Monate für die Angebote der Hortbetreuung und einer verstärkten Pauschalisierung der Angebote gemäss Tarifverordnung (Anhang 3 zur Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung in der Stadt Zürich) die pädagogisch notwendige Konstanz bei den Betreuungsgruppen, mehr Planungssicherheit für die Horte und eine Vereinfachung der administrativen Abläufe erreicht werden können.

Begründung:

Gemäss gültiger Tarifverordnung können Eltern ihre schulpflichtigen Kinder auf Monatsfrist für einzelne Betreuungsangebote an- und abmelden. Die übermässige Nutzung kurzfristiger und allzu flexibler Angebote verursacht bei den Horten unnötige Planungsschwierigkeiten. Zu viele Kinder, die nur für einen Tag oder nur einen Mittagstisch pro Woche den Hort besuchen, erschweren zudem die pädagogische Arbeit in den Betreuungsgruppen, für die der Aufbau konstanter Beziehungen wesentlich ist.

Auch eine Vereinfachung des Angebots auf weniger Betreuungseinheiten (z.B. Betreuung am Vormittag inklusive Mittagstisch, Betreuung ab Mittag bis 18.00 Uhr und Tagesbetreuung in Ergänzung zu den Blockzeiten, wie sie in vorschulischen Kinderbetreuungseinrichtungen üblich sind) und die entsprechende Pauschalisierung der Tarife würden zu mehr Konstanz in den Betreuungsgruppen beitragen, dies bei gleichzeitiger Reduktion des administrativen und organisatorischen Aufwands.

Mitteilung an den Stadtrat

1746. 2011/349

**Postulat von Dorothea Frei (SP), Roger Tognella (FDP) und 7 Mitunterzeichnenden
vom 21.09.2011:
Autobahnanschluss durch das Quartier Auzelg, Verhinderung des Eintrags in den
kantonalen Richtplan**

Von Dorothea Frei (SP), Roger Tognella (FDP) und 7 Mitunterzeichnenden ist am 21. September 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat von Zürich wird gebeten zu prüfen, wie der Eintrag in den kantonalen Richtplan für einen Autobahnanschluss quer durch den Quartierteil Auzelg verhindert werden kann.

Begründung:

Das Quartier Schwamendingen erhält mit der Einhausung der Autobahn einen Lärmschutz für rund 5'000 Personen. Mit dem Bau der Einhausung wird der Autobahnhalbanchluss Aubrugg (sogenanntes Hosenbein) geschlossen werden. Als Ersatz wird ein Anschluss quer durch das Quartier Auzelg geplant.

Im Quartier Auzelg besitzt die Stadt Zürich einige Landparzellen, auf welchen unter anderem die Stiftung für kinderreiche Familien eine grössere Überbauung unterhält. Ebenfalls besitzt die Liegenschaftsverwaltung Wohnhäuser und Familiengärten, welche der Autobahnauffahrt wohl weichen müssten.

Zudem ist das Auzelg heute schon massiven Lärmimmissionen ausgesetzt. Umgeben von Autobahn und Bahnlinien, überflogen von tiefstfliegenden Flugzeugen im Südendanflug kann dem Quartier keine neue Belastung zugemutet werden.

Mitteilung an den Stadtrat

1747. 2011/350

**Postulat von Mauro Tuena (SVP) und Roger Liebi (SVP) vom 21.09.2011:
Stadtpolizei Zürich, Möglichkeiten zur Auszahlung oder Kompensation der Überzeit-Saldi**

Von Mauro Tuena (SVP) und Roger Liebi (SVP) ist am 21. September 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Überzeitsaldi der Mitarbeitenden der Frontdienste der Stadtpolizei Zürich – nur auf eigenen Wunsch der betroffenen Mitarbeitenden – unkompliziert wahlweise kompensiert oder ausbezahlt werden können.

Begründung:

Die Mitarbeitenden des Frontdienstes der Stadtpolizei Zürich, ca. 1'600 Personen, weisen infolge der enormen Belastung auf Zürichs Strassen sehr hohe Überzeitsaldi auf. Per 1. Juli 2011 betrug diese insgesamt 54'610 Stunden. Es ist davon auszugehen, dass sich diese Saldi gerade in den letzten und kommenden Tagen und Wochen erhöhen. Alleine während des Wochenendes 16. / 17. / 18. September 2011 häuften sich zusätzlich ca. 900 Stunden an.

Mitteilung an den Stadtrat

Die vier Postulate werden auf die Tagliste einer der nächsten Sitzungen gesetzt.

1748. 2011/351

**Schriftliche Anfrage von Mauro Tuena (SVP) und Roland Scheck (SVP) vom 21.09.2011:
Ausschreitungen vom 17.09./18.09.2011, Angaben zu den verhafteten Personen**

Von Mauro Tuena (SVP) und Roland Scheck (SVP) ist am 21. September 2011 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Anlässlich der gewaltsamen Ausschreitungen in der Nacht von Samstag 17. September 2011 und Sonntag 18. September 2011 in der Umgebung des Hauptbahnhofs Zürich verhaftete die Polizei insgesamt 91 Personen. 25 Personen waren Minderjährig. 46 volljährige Personen wurden zudem später der Staatsanwaltschaft zugeführt. Diese haben sich meist wegen Landfriedensbruch, Sachbeschädigungen sowie Gewalt und Drohung gegen Beamte zu verantworten.

In diesem Zusammenhang bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele der verhafteten 91 Personen sind vorbestraft beziehungsweise aktenkundig? Um welche Art von Vorstrafen beziehungsweise Akteneinträge handelt es sich? Wie alt sind die vorbestraften / aktenkundigen Personen (die Anfrager bitten um eine tabellarische Auflistung)?
2. Ist der Polizei bekannt, dass sich unter den 91 verhafteten Personen solche befinden, die bereits schon einmal an illegalen Demonstrationen (z. B. 1. Mai Nachdemonstration, etc.) teilgenommen haben? Wenn ja, um wie viele handelt es sich und welches Alter weisen sie auf?
3. Konnten einzelnen verhafteten Personen – eventuell auch im Nachhinein – Sachbeschädigungen nachgewiesen werden? Wenn ja, wie vielen und in welchem Umfang?
4. Minderjährige, verhaftete Personen müssen von den Erziehungsberechtigten auf der Polizei abgeholt werden. Wurden mit den Erziehungsberechtigten seitens Polizei Gespräche geführt? Wenn ja, wie beurteilt der Stadtrat den Ausgang solcher Gespräche? Wenn nein, warum wurden keine Gespräche geführt?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

1749. 2010/77

Postulat der SP-Fraktion vom 03.02.2010:

Hortbetreuung, Vereinfachung des Angebots und Pauschalisierung der Tarife

Die SP-Fraktion zieht das Postulat zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

1750. 2011/163

Schriftliche Anfrage von Thomas Marthaler (SP) vom 18.05.2011:

Abschreibung von Postulaten im Zusammenhang mit möglichen Massnahmen zur Entschärfung der Gewalteskalation und der Zusammenarbeit von Veranstaltern und Behörden im Umfeld von Grossveranstaltungen

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1093 vom 7. September 2011).

1751. 2011/164

Schriftliche Anfrage von Ruth Anhorn (SVP) und Dr. Guido Bergmaier (SVP) vom 18.05.2011:

Massnahmen zur Durchsetzung des Fahrverbots auf dem Kloster-Fahr-Weg

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1094 vom 7. September 2011).

1752. 2011/214

Schriftliche Anfrage von Isabel Garcia (GLP) und Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP) vom 15.06.2011:

Untersuchung zum Lernstand der Schülerinnen und Schüler vor dem Übertritt in die Sekundarstufe I, Erkenntnisse und Massnahmen für die Stadtzürcher Schulen

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1097 vom 7. September 2011).

1753. 2011/220

Schriftliche Anfrage von Ursula Uttinger (FDP) vom 22.06.2011:

Kontrolle der Sport-Ruderboote durch die Stadtpolizei auf dem Zürichsee

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1092 vom 7. September 2011).

Nächste Sitzung: 21. September 2011, 20:30 Uhr.